

07.05.2013

Antrag

der Fraktion der CDU

Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze

I. Der Landtag stellt fest:

Der Erfolg Deutschlands beruht auf dem Fleiß und der Tatkraft seiner Bürger. Um ihn auch für die Zukunft zu bewahren, müssen die richtigen Leistungsanreize gesetzt werden, auch im Steuerrecht. Leistung muss sich lohnen und darf nicht durch leistungsfeindliche Steuerpolitik bestraft werden. Über 37 Millionen Menschen zahlen in Deutschland Lohn- und Einkommensteuern. Die oberen 20 % der Steuerpflichtigen mit Einkünften ab 50.059 € zahlen 71,1 % der Einkommensteuer. Das sind die Facharbeiter, Meister und Ingenieure, die den Wohlstand in unserem Land Tag für Tag erarbeiten.

SPD und Grüne planen unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit massive Steuererhöhungen für alle Bevölkerungsschichten:

- SPD und Grüne wollen das Ehegattensplitting abschaffen und treffen damit die Familien in Deutschland. Von diesen Plänen sind über 20 Millionen Ehen in unserem Land betroffen.
- SPD und Grüne wollen den Spitzensteuersatz erhöhen. Dabei greift der gültige Spitzensteuersatz von 42 Prozent heute bereits ab einem zu versteuernden Einkommen von 52.882 Euro (Ledige) bzw. 105.762 Euro (Verheiratete). Damit zahlen auch heute schon mittlere Einkommen den Spitzensteuersatz.
- SPD und Grüne wollen die Vermögensteuer wiedereinführen. Sie trifft jedoch gerade kleine und mittlere Unternehmer unabhängig vom Umsatz und Gewinn ins Mark. Sie muss auch in Zeiten schwacher Konjunktur gezahlt werden, selbst dann, wenn Unternehmen keinen Gewinn erwirtschaften. Die rot-grünen Vorschläge – auch wenn der Kanzlerkandidat vollmundig anderes verkündet – belasten die Vermögenssubstanz, weil zwischen gutem und schlechtem Vermögen rechtlich nicht differenziert werden kann. Gerade erst hat der Bundesfinanzhof in seiner Vorlage an das Verfassungsgericht zur Trennung zwischen Betriebs- und Privatvermögen in der Erbschaftsteuer diese Bedenken gestützt. Die Steuer gefährdet damit Arbeitsplätze, belastet Mieter, Angestellte und Verbraucher und damit den Wohlstand der Menschen in unserem Land.

Datum des Originals: 07.05.2013/Ausgegeben: 07.05.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- SPD und Grüne verweigern die Abschaffung der Kalten Progression, obwohl sie leistungsfeindlich, ökonomisch unvernünftig und sozial ungerecht ist. Jeder zusätzliche Euro Lohn oder Gewinn hebt den Steuersatz, auch wenn die Einkommenssteigerung eigentlich nur die Inflation ausgleichen soll. Schon Monatseinkommen von 2.000 Euro sind davon betroffen. Jahr für Jahr werden die Steuerzahler durch diese heimlichen Steuererhöhungen höher belastet, die jedes Jahr mehrere Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spült.

Es ist deshalb falsch zu behaupten, dass das deutsche Steuersystem eine Verteilung von unten nach oben fördert. Starke Schultern tragen in unserem Land bereits heute mehr als schwache Schultern. Das ist richtig, gewollt und gerecht. Dies ist ein wichtiger Baustein der Sozialen Marktwirtschaft. Die von Staat und Gesellschaft gewünschte Umverteilung von leistungsfähigen zu weniger leistungsfähigen Haushalten funktioniert dank des progressiven Einkommensteuertarifs.

Die von SPD und Grünen geplanten Steuererhöhungen sind weder geeignet, die vielzitierte Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, noch eine nachhaltige Konsolidierung der Haushalte herbeizuführen. Steuerpolitik muss man mit Augenmaß machen, sonst werden die Fleißigen in unserer Gesellschaft bestraft. Wer aber die Leistungsträger der Gesellschaft – Arbeitnehmer und Unternehmer – bestraft, sät Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverluste und macht die Bedürftigen in unserer Gesellschaft ärmer. Das Beispiel Frankreich zeigt sehr deutlich, wohin eine solche Politik führt. Deutschland hat dank einer Politik mit Augenmaß in den letzten Jahren die Arbeitslosenquote deutlich reduziert und steht auch im europäischen Vergleich trotz einer historischen Krise gut da. Der rot-grüne steuerpolitische Irrweg würde diese Erfolge zu Nichte machen.

Die Steuereinnahmen in Deutschland wachsen seit mehreren Jahren stärker als die Inflation. Dem Staat steht jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung. Angesichts dieser historisch hohen Steuereinnahmen sind steuerpolitische Experimente zu Lasten von Wachstum und Wohlstand nicht zu rechtfertigen. Die geplante rot-grüne Steuererhöhungssorgie soll schlicht von der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite ablenken. Dabei wird gerade dieser Weg der Konsolidierung öffentlicher Haushalte von den meisten Experten als der Königsweg für mehr Wachstum und Wohlstand angesehen. Die Weigerung, diesen Realitäten ins Auge zu sehen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, zeigt, dass die Regierung Kraft kraftlos agiert und dem Land Nordrhein-Westfalen Perspektiven nimmt.

II. Der Landtag beschließt

1. Leistung muss sich lohnen. Die rot-grünen Steuererhöhungspläne sind leistungsfeindlich und gefährden Arbeitsplätze und Wohlstand.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine leistungsgerechte Steuerpolitik einzusetzen und die inflationsbedingten Steuerermehreinnahmen aufgrund der kalten Progression den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zurückzugeben.
3. Der Landtag lehnt Steuererhöhungen zur Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben ab und fordert die Landesregierung auf, sich endlich auf den Weg einer strukturellen Haushaltskonsolidierung zu begeben.

Karl-Josef Laumann
Lutz Lienenkämper
Dr. Marcus Optendrenk

und Fraktion